

Wildes Herz wird abgestoßen

Kreistag lehnt Wildnisgebiet ab – Änderungswünsche für NP-Plan

Von Christina Hackl

Zwiesel. Die Pläne für ein grenzüberschreitendes Wildnisgebiet zwischen den Nationalparks Bayerischer Wald und Sumava sind im Kreistag auf (fast) grenzenlose Ablehnung gestoßen. 57 der 60 Kreisräte bekräftigten in einem von Landrat Heinz Wölfl (CSU) vorgeschlagenen Beschluss, dass sie vom so genannten „Wilden Herz Europas“ nichts wissen wollen.

Auf der Tagesordnung war das seit Wochen in der Region kontrovers diskutierte Thema eigentlich gar nicht vorgesehen. Doch schon zu Beginn der Debatte über die Stellungnahme des Landkreises zum Nationalparkplan kam das „Wilde Herz“ trotzdem auf den Tisch. Landrat Heinz Wölfl wiederholte dabei seine Kritik an der Informationspolitik des Parks. Es seien zu viele Fragen immer noch offen. Wölfl forderte die NP-Verwaltung auf, das Vorhaben detailliert zu erklären und äußerte „erhebliche Zweifel“ an den Aussagen, dass die Einstufung als Wildnisgebiet keinerlei Auswirkungen habe. „Die Einschränkungen durch den Nationalpark sind schon groß genug, sie dürfen nicht noch verschärft werden“, sagte Wölfl.

Nationalpark-Chef Karl Friedrich Sinner verwies auf die

Regierung in Berlin, die sich zum Ziel gesetzt habe, fünf Prozent der Fläche Deutschlands zum Wildnisgebiet zu erklären. „Im Kerngebiet des Parks erfüllen wir diese Vorgaben bereits heute. Das ist alles, was sich hinter dem Begriff Wildnisgebiet verbirgt“, so Sinner. Auch in einem Wildnisgebiet mit Anerkennung der IUCN (*Weltnaturschutzorganisation*) dürften weiter Wanderwege benutzt, Trinkwasser entnommen und Berghütten betrieben werden.

Sämtliche Wortmeldungen aus den Reihen der Kreisräte fielen sehr kritisch aus. Man wolle bei der Diskussion um das Wildnisgebiet die Bevölkerung weiter täuschen wie bisher, sagte Otto Probst (CSU). „Wenn dieses Wildnisgebiet kommt, dann wird der Landkreis auf die Barrikaden gehen, denn die Bevölkerung und der Tourismus bleiben dabei auf der Strecke“, meinte Franz Köppl (SPD). Werner Stahl (FDP) schimpfte: „Wenn Frau Merkel Wildnis will, dann soll sie das in der Uckermark machen, aber nicht im Bayerischen Wald.“

In einem Beschluss hielt der Kreistag schließlich fest, dass man die Ausweisung eines Wildnisgebietes nach den Kriterien der IUCN ablehne. Weiter sei im Nationalparkplan zu ergänzen,

dass die Entwicklung zu einem Wildnisgebiet nicht das Ziel des Parks sei.

Auch über die sonstigen Inhalte des Nationalparkplans wurde im Kreisrat kritisch debattiert. Immer wieder angesprochen wurden die Themen Rotwildmanagement, Renaturierung von Wegen und Erhalt kulturhistorischer Denkmäler.

„Der Plan nimmt die Sorgen der Bevölkerung nicht ernst“, bilanzierte CSU-Sprecher Willi Köckeis. „Wir sind nicht gegen den Nationalpark, aber wir sind gegen eine derart rigorose Einschränkung der Bürgerrechte“, sagte Franz Köppl (SPD). Im NP-Plan sollten die Strukturförderung der Region und die Förderung der Akzeptanz des Parks verankert werden, forderte Werner Rankl (FW). Der Wegerückbau dürfe nur im Konsens mit den betroffenen Gemeinden erfolgen, so Heinrich Schmidt (UA). Hermann Pledl (ÖDP) betonte, die Wege im Park müssten ab 1. Juli begehbar bleiben und der Wegerückbau müsse sorgfältig geprüft werden.

Werner Stahl äußerte die Befürchtung, dass einige Kommunen bald kein Trinkwasser mehr aus dem Park entnehmen dürfen und forderte, dass der Kommunale NP-Ausschuss in Zukunft öffentlich tagen sollte, um mehr

Transparenz zu gewährleisten. Rückhalt für den Park kam von den Grünen. „Wir stehen voll hinter dem NP-Plan und seinen Zielen“, betonte Sigrid Weiß.

Beschlossen wurde letztlich, dass ein Wegerückbau nur in Absprache mit den Kommunen erfolgen soll. Die Wasserrechte müssten erhalten bleiben, soweit keine erhebliche Beeinträchtigung des Naturschutzes zu befürchten sei. Die im Plan vorgesehene Einschränkung des Betretungsrechts auf allen sonstigen Wegen, Steigen und Pfaden wurde abgelehnt.

Was die Triftanlagen angeht, wurde beschlossen, dass folgende Anlagen zu erhalten und in die Denkmalliste aufzunehmen sind: Obere Große Deffernikschwelle, Schmalzbachschwelle (Schwellhäusl), Schwellgraben Gr. Deffernik-Schmalzbach (so genannter Kneippweg) und Neue Hirschbachschwelle. Bei anderen Anlagen soll laut Landrat Wölfl noch das Landesamt für Denkmalpflege hinzugezogen werden. Noch vorhandene Ufer- und Sohleverbauungen in ehemaligen Triftbächen sollen einem natürlichen Verfall preisgegeben werden. Weiter sprach sich der Kreistag für die Ausweisung eines walddesichtlichen Wandergebietes im Triftsystem Große Höllbachschwelle-Kleine Deffernikschwelle aus.